Die Medienarbeit der Gerichte

Dr. Ingo Werner, Köln*

I. Einleitung

Wer im Namen des Volkes urteilt, tut gut daran, eben jenes Volk von der Qualität seiner Arbeit zu überzeugen. Die Justiz braucht das Vertrauen der Öffentlichkeit, es ist fundamentaler Bestandteil eines rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesens. Glücklicherweise ist in Deutschland das Vertrauen in die Justiz recht groß. Im Ranking der Berufe stehen Richterinnen und Richter gut da. Nach einer Bürgerbefragung¹ genießen sie bei 79% der Bürger ein hohes oder sehr hohes Ansehen und liegen damit in der Spitzengruppe der untersuchten Berufe². Dieses Ergebnis ist deutlich besser als in den Europäischen Nachbarstaaten und im weltweiten Durchschnitt³. Das gilt auch für das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz. Glaubt man dem Justizbarometer der Europäischen Kommission, ist nur in wenigen Mitgliedsländern der Europäischen Union das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Justiz größer⁴. Es wäre vermessen zu behaupten, dass die Justiz diesen Status in erster Linie einer guten Öffentlichkeitsarbeit zu verdanken hätte. Auch im Medien- und Kommunikationszeitalter geht das Sein noch vor dem Schein. Das Vertrauen in die Justiz ist hoch, weil die Richterinnen und Richter gute und schnelle Arbeit machen. Der entgegengesetzte Gedanke gilt aber dann doch: Es kann nicht schaden, über die gute Tat ein wenig zu reden.

II. Rahmenbedingungen

Der Grundsatz der Gerichtsöffentlichkeit ist Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips⁵. Das Bundesverfassungsgericht

hat bislang offengelassen, ob ein Auskunftsanspruch der Presse unter Rückgriff auf Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG unmittelbar aus der Verfassung abgeleitet werden kann und wie weit dieser gegebenenfalls reicht. Jedenfalls folgt für die Presseangehörigen bereits aus dem einfachen Recht ein Auskunftsanspruch, dessen effektive Durchsetzung seitens der Fachgerichte zu gewährleisten ist⁶. Denn erst der prinzipiell ungehinderte Zugang zu Informationen versetzt die Presse in den Stand, die ihr in der freiheitlichen Demokratie zukommende Informations- und Kontrollfunktion wirksam wahrzunehmen⁷.

Nach § 4 PresseG NRW⁸ sind die Behörden – und damit auch die Gerichte – verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen. Ein Anspruch auf Auskunft besteht aber nicht, soweit durch sie die sachgemäße Durchführung eines schwebenden Verfahrens vereitelt, erschwert, verzögert oder gefährdet werden könnte, Vorschriften über die Geheimhaltung entgegenstehen, ein überwiegendes öffentliches oder ein schutzwürdiges privates Interesse verletzt würde oder Umfang der Auskunft das zumutbare Maß überschreiten würde.

In der Justiz hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass über die Verpflichtung zur (passiven) Beantwortung von Anfragen hinaus eine aktive Zusammenarbeit mit den Medien unerlässlich ist. Gerade in einer Zeit, in der die Staatsverdrossenheit wächst und Verschwörungstheorien im Internet kursieren, ist eine umfassende und transparente Information über die Arbeit der dritten Staatsgewalt besonders wichtig.

Organisatorisch haben sich die Gerichte diesen Erfordernissen der Praxis angepasst. In Nordrhein-Westfalen ist durch eine Richtlinie des Ministeriums der Justiz geregelt, dass jedes Gericht einen Ansprechpartner für die Presse hat⁹. Bei den kleineren (Amts-)Gerichten sprechen regelmäßig die Behördenleiterinnen und Behördenleiter für ihr Gericht. Bei den Landgerichten und dem Oberlandesgericht wird diese Aufgabe auf Pressedezernenten delegiert.

* Der Autor ist Richter und Pressesprecher am Oberlandesgericht Köln.

1 Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“, 2017, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes, abrufbar unter https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2017/forsa_2017.pdf. Dieser und die weiteren in diesem Beitrag genannten Internetlinks wurden zuletzt am 15.09.2017 abgerufen.

2 Der Beruf des Richters steht an 6. Stelle von 32 untersuchten Berufen hinter Feuerwehrleuten, Ärzten, Pflegern, Erziehern und Polizisten.

3 Studie der GfK „Trust in Professions 2016“, abrufbar unter <http://www.gfk-verein.org/compact/fokusthemen/weltweites-ranking-vertrauenswuerdige-berufe>.

4 EU Justizbarometer 2017, Fig. 51, S. 37: 4. Platz im Vergleich der Mitgliedsländer der Europäischen Union, abrufbar unter https://ec.europa.eu/germany/news/eu-justizbarometer-2017-justizsysteme-werden-effektiver_de.

5 *BVerfG*, Beschl. v. 14.09.2015 – 1 BvR 857/15, Rn. 16 - juris, NJW 2015, 3708.

6 *BVerfG*, Beschl. v. 27.07.2015 – 1 BvR 1452/13, Rn. 12 - juris, NVwZ 2016, 50-51.

7 *BVerfG*, Beschl. v. 27.07.2015 – 1 BvR 1452/13, Rn. 12, juris, NVwZ 2016, 50-51.

8 I.d.F. vom 24.05.1966, GV. NRW. 1966, 340.

9 Richtlinien für die Zusammenarbeit mit den Medien, AV d. JM vom 12. November 2007 (1271 - II. 2) - JMBl. NRW 2008 S. 2 - in der Fassung vom 28. Juli 2015 - JMBl. NRW S. 329 -, abrufbar unter <https://www.justiz.nrw.de/JM/Presse/index.php>.

Festgelegt ist auch, dass die Pressesprecher selbst auch Richter bzw. bei den Staatsanwaltschaften Staatsanwälte sein müssen. So ist gewährleistet, dass die Pressesprecher die Kollegen und den Gerichtsbetrieb kennen und vor dem Hintergrund der eigenen Berufserfahrung erläutern können, wie gerichtliche Entscheidungen zu verstehen sind. Die Wahrheit ist aber auch, dass Pressesprecher der Justiz trotz aller Fortbildungsmöglichkeiten keine gelernten Journalisten oder Öffentlichkeitsarbeiter sind.

Von großer Bedeutung ist, dass den Pressesprechern ausreichend Zeit zur Verfügung steht, um ihren Aufgaben nachzukommen. Schließlich sind sie zugleich mit Aufgaben im Bereich der Rechtsprechung betraut, die ebenfalls sachgerecht bearbeitet werden müssen. Außerdem müssen sie im Wesentlichen durchgängig erreichbar sein. Erst kürzlich haben die Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte bekräftigt, dass Pressedezernenten zur Erfüllung ihrer Aufgaben sowohl die erforderliche Infrastruktur als auch ausreichend Zeit zur Verfügung stehen muss und sie daher in angemessenem Umfang von ihrer richterlichen Tätigkeit freizustellen sind¹⁰. In Nordrhein-Westfalen geschieht dies, soweit ersichtlich, regelmäßig.

III. Herausforderungen des Alltags - Gerichtliche Medienarbeit in der Praxis

Der Alltag der Gerichtspresesprecher wird vom Servicegedanken bestimmt. In erster Linie gehört es zu ihren Aufgaben, die Anfragen von Journalisten zu beantworten, die sich meist mit laufenden oder anstehenden Gerichtsverfahren befassen. Darüber hinaus versuchen die Pressesprecher aber auch, von sich aus auf interessante Verfahren hinzuweisen und oder andere relevante Informationen aus dem Bereich der Justiz weiterzugeben. Dabei gilt es zunächst herauszufinden, welche Informationen überhaupt für die Medien von Interesse sind.

Was Journalisten interessiert

Bei den deutschen Gerichten gehen in der ersten Instanz rund 2 Millionen Zivil- und Familiensachen, aber weniger als 700.000 Strafsachen ein¹¹. Ein Blick in den Lokalteil einer beliebigen deutschen Tageszeitung vermittelt dagegen ein anderes Bild. Hier dominieren die Strafsachen die Berichterstattung ganz eindeutig. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Die Menschen interessieren sich dafür, welche

Straftaten in ihrer Umgebung begangen werden und wie die Justiz mit den Verdächtigen umgeht. Die menschlichen Tragödien, die hinter einem Strafverfahren stecken, sprechen die Leser an. Außerdem sind strafrechtliche Sachverhalte – mit Ausnahme von Wirtschaftsdelikten – häufig wenig komplex. Schließlich hat das Strafverfahren den Vorteil des Mündlichkeitsprinzips: Alle Tatsachen werden in öffentlicher Hauptverhandlung so eingeführt, dass die Journalisten dem Verfahren folgen können.

Bei den Zivilverfahren¹² ist die Ausgangslage eine andere: Viele Informationen stehen nur in den Akten und sind für einen Beobachter nicht selbsterklärend. Außerdem ist für Journalisten viel schwerer, vorab einzuschätzen, welches Verfahren von allgemeinem Interesse sein könnte. Über den mühsamen Prozess zur Nebenkostenabrechnung eines detailverliebten Mieters wird kaum ein Medium berichten wollen. Anders liegt der Fall, wenn das zu Grunde liegende rechtliche Problem tendenziell sehr viele Personen betreffen könnte¹³ oder einen besonderen Lokalbezug¹⁴ aufweist. Ansonsten sind Zivilverfahren besonders dann von Interesse, wenn Prominente¹⁵ (oder wenigstens Tiere¹⁶) beteiligt sind oder ein kurioser Sachverhalt¹⁷ den Fall zu einer Nachricht macht.

Die Pressesprecher der Gerichte versuchen, diesen Bedürf-

12 In Familiensachen sind die Verhandlungen ohnehin nicht öffentlich, § 170 Abs. 1 S. 1 GVG.

13 Vgl. etwa aus der Arbeit des Oberlandesgerichts Köln die Pressemitteilung zur Zulässigkeit der „Tagesschau-App“, abrufbar unter http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/002_archiv/002_zt_archiv_2016/025_PM_05-08-2016-verhandlung-tagesschau-app.pdf oder zur Zulässigkeit eines millionenfach eingesetzten Werblockers, abrufbar unter http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/002_archiv/002_zt_archiv_2016/020_PM_24-06-2016_adblock-plus.pdf.

14 Vgl. etwa aus der Arbeit des Oberlandesgerichts Köln die Pressemitteilung zum 1. FC Köln, abrufbar unter http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/002_archiv/001_zt_archiv_2017/008_PM_09_03_2017_boellerwerfer.pdf.

15 Vgl. etwa aus der Arbeit des Oberlandesgerichts Köln die Pressemitteilungen zu Karolin Kebekus, abrufbar unter http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/002_archiv/001_zt_archiv_2017/011_PM_-06_04_2017_kebekus_koelnreporter.pdf, oder zu Jörg Kachelmann abrufbar unter http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/002_archiv/002_zt_archiv_2016/022_PM_12-07-2016_kachelmann.pdf.

16 Vgl. etwa aus der Arbeit des Oberlandesgerichts Köln die Pressemitteilung zur Haftung des Hufschmieds beim Beschlagen eines Pferdes, abrufbar unter http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letzte-pm_archiv_zwangs/002_archiv/002_zt_archiv_2016/034_PM_-24-11-2016---Hufschmied.pdf.

17 Vgl. die angeblich aus dem 19. Jahrhundert stammende Medienregel „man bites dog“ – wonach es keine journalistisch relevante Nachricht ist, wenn ein Hund einen Mann beißt, im umgekehrten Fall aber schon, vgl. auch https://de.wikipedia.org/wiki/Mann_bei%C3%9Ft_Hund.

10 69. Jahrestagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte, des Kammergerichts und des Bundesgerichtshofs vom 22. bis 24. Mai 2017 in Düsseldorf, Beschluss zu TOP 3, Pressearbeit, abrufbar unter http://www.olg-duesseldorf.nrw.de/behoerde/presse/archiv/Pressemitteilungen_aus_2017/20170526_PM_69_-Jahrestagung/Beschluss_TOP3_Pressearbeit.pdf.

11 Statistisches Bundesamt, Justiz und Rechtspflege, Tabelle „Gerichtsverfahren“, abrufbar unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Rechtspflege/Tabellen/Gerichtsverfahren.html>.

nissen der Medienvertreter Rechnung zu tragen. Bei den erstinstanzlichen Gerichten gibt es häufig anonymisierte Listen der anstehenden Strafverfahren, aus denen sich anhand einer kurzen Inhaltsangabe ergibt, über welche strafrechtlichen Vorwürfe demnächst verhandelt wird. Viele der Fälle sind den Medienvertretern ohnehin bekannt, weil darüber bereits im polizeilichen Ermittlungsverfahren berichtet wurde. Da aber die Anklageschrift gem. § 353d Nr. 3 StGB vor ihrer Verlesung nicht im Wortlaut veröffentlicht werden darf, ist es Aufgabe der Pressesprecher, unter Wahrung der durch diese Vorschrift gesetzten Grenzen den Pressevertretern eine sachgerechte und aktuelle Berichterstattung zu ermöglichen.

In Zivilverfahren geht es dagegen häufiger darum, den berichtenswerten Fall überhaupt erst aufzuspüren. Wenn sich nicht eine der Parteien selbst an die Medien gewandt hat (und dort auf Resonanz gestoßen ist), kann die „Story“ aus der Masse der Zivilverfahren eigentlich nur dann gefunden werden, wenn ein entsprechender Hinweis aus dem Kreis der damit befassten Richter kommt. Teilweise gibt es aber insoweit jedenfalls bei noch laufenden Rechtsstreiten eine gewisse Zurückhaltung. Das hat mehrere Gründe: Zum einen besteht die Befürchtung, dass die Anwesenheit von Medienvertretern die Verhandlungsatmosphäre negativ beeinflussen könnte. Haben die Parteien das Gefühl, vor großem Publikum zu agieren, könnte ihnen ein Entgegenkommen im Rahmen der gütlichen Einigung schwerer fallen als wenn sie im Zivilverfahren unter sich¹⁸ sind. Zum anderen funktionieren Nachrichten häufig nach dem Prinzip der Vereinfachung und der Verkürzung. Während Richter umfassend abwägen und die Besonderheiten des Einzelfalls berücksichtigen müssen, ist es die Aufgabe der Journalisten, die Nachricht „auf den Punkt“ zu bringen. Natürlich gibt es auch Medienformate, die in die Tiefe gehen können. Häufig stehen aber nur einige Zeilen bzw. 90 Sekunden¹⁹ zur Verfügung, um die Thematik darzustellen. Manchem Richter bleibt am Ende des Beitrags das Gefühl, der eigene Fall sei nicht richtig oder jedenfalls nicht vollständig dargestellt worden. Das bedeutet nicht, dass die Justiz die Öffentlichkeit potentiell als Störer oder Feind sähe²⁰, erläutert aber vielleicht, weshalb manchmal eine gewisse Zurückhaltung besteht. Ist der Fall einmal abgeschlossen, tragen diese Bedenken nicht mehr. Dann

besteht manchmal aber noch ein Dissens darüber, was eigentlich „interessant“ ist. Während Journalisten nach den oben aufgezeigten Kriterien bewerten, ist für Richter eher entscheidend, ob der Fall juristisches Neuland betritt – was wiederum zumeist viel zu kompliziert und der allgemeinen Öffentlichkeit schwer vermittelbar ist.

Was dürfen Pressesprecher sagen – und wann?

Die schon angesprochene Vorschrift des § 4 PresseG NRW, die so oder so ähnlich auch in anderen Bundesländern existiert, regelt mit sehr allgemeinen Begriffen, wann die Pressesprecher der Gerichte eine Auskunft geben dürfen oder müssen. Das Spannungsfeld ist offensichtlich: Die Medien möchten frühestmögliche, umfassende Informationen, gerne unter Namensnennung der Beteiligten und unter Angabe weiterer personenbezogenen Daten. Die Beteiligten an einem Verfahren sind dagegen häufig daran interessiert, dass sie und ihr Fall nicht in die Öffentlichkeit gezeitert werden. Das gilt insbesondere im Strafverfahren, in dem die Unschuldsvermutung vor Vorverurteilung schützen soll.

Von besonderer praktischer Bedeutung ist die Vorschrift des § 4 Abs. 2 Nr. 3 PresseG NRW, wonach kein Anspruch auf eine Auskunft besteht, soweit durch sie ein überwiegendes öffentliches oder ein schutzwürdiges privates Interesse verletzt würde. Ob die betroffenen privaten Interessen schutzwürdig sind, ist im Wege einer – verwaltungsgerechtlich voll nachprüfaren - umfassenden Abwägung zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den entgegenstehenden privaten Interessen zu ermitteln. Insbesondere bedarf es der Abwägung zwischen dem Informationsrecht der Presse und dem nach Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG geschützten allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Geheimhaltungsinteresse) des jeweils Betroffenen sowie - als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts - dessen Recht auf informationelle Selbstbestimmung²¹. Die widerstreitenden Rechtspositionen sind nach dem Grundsatz der praktischen Konkordanz in einen angemessenen Ausgleich zu bringen. Entscheidend ist dabei, wie hoch das öffentliche Informationsinteresse an der begehrten Auskunft zu bewerten und wie stark der Eingriff in private Rechte durch die Offenlegung der begehrten Informationen zu gewichten ist. Je geringer der Eingriff in das Recht des Privaten, desto geringere Anforderungen sind an das Informationsinteresse der Allgemeinheit zu stellen; je intensiver und weitergehend die begehrte Auskunft reicht, desto gewichtiger muss das öffentliche Informationsinteresse sein²².

In der Praxis ist den Pressesprechern anzuraten, die Abwägung sorgfältig durchzuführen. Denn in beiden Fällen ist für die Betroffenen gerichtlicher Rechtsschutz möglich, d.h. die Pressesprecher bzw. das dahinter stehende Land

18 Zwar werden auch diese Verfahren öffentlich verhandelt. In der Praxis machen in Zivilverfahren nur sehr selten interessierte Personen ohne Bezug zu den Parteien von der Möglichkeit der Saalöffentlichkeit Gebrauch.

19 Der in den Redaktionen verbreitete Spruch „Und bist Du noch so fleißig, es werden nur einsdreißig“ illustriert, dass dies auch die beteiligten Journalisten nicht immer zufriedenstellend finden, vgl. auch den so betitelten Beitrag in der Frankfurter Rundschau online vom 02.06.2008, abrufbar unter <http://www.fr.de/kultur/netz-tv-kritik-medien/medien/medien-und-bist-du-noch-so-fleissig-a-1183146>.

20 Vgl. in der Tendenz die These 4 zum Referat von Heribert Prantl beim 71. Deutschen Juristentag, abrufbar unter http://www.djt.de/fileadmin/downloads/71/71_Thesen_web.pdf, S. 28.

21 *Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg*, Beschl. v. 04.08.2017, I S 1307/17, Rn. 20, juris.

22 *Sächsisches Obergerverwaltungsgericht*, Urt. v. 05/2017, 3 A 848/16, Rn. 38, juris, AfP 2017, 330.

können verklagt werden, entweder weil eine Auskunft erteilt wurde²³ oder weil dies gerade nicht geschehen ist²⁴. Bei unzulässigen Auskünften an Presseorganen können die Geschädigten eine Geldentschädigung zugesprochen erhalten²⁵. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, die einzelnen Fallgestaltungen zu erörtern, da stets eine Abwägung im Einzelfall erforderlich ist. Unzulässig ist es aber jedenfalls, die Presse zeitlich vor dem Betroffenen über strafrechtliche Vorwürfe zu unterrichten und dabei geheime Einzelheiten des Ermittlungsverfahrens an die Öffentlichkeit zu geben²⁶. Zulässig sind dagegen öffentliche Informationen in einem Strafverfahren, aus denen sich zwar die Überzeugung der Staatsanwaltschaft ergibt, dass der Angeklagte die Straftat begangen hat, zugleich aber ersichtlich ist, dass dieser Verdacht noch nicht im gerichtlichen Verfahren erwiesen ist²⁷.

Auch im Binnenverhältnis zwischen den Medienvertretern ist Aufmerksamkeit geboten. Denn die Beteiligten haben ein Recht darauf, eine Gleichbehandlung zur Konkurrenz zu erfahren²⁸ (vgl. auch § 4 Abs. 4 PresseG NW). Das gilt allerdings nicht, wenn ein Journalist „exklusiv“ an einer Geschichte recherchiert und eine konkrete Anfrage stellt. Dann ist es natürlich nicht Aufgabe der Pressedezernenten, von sich aus alle anderen Pressevertreter auf diesen Fall aufmerksam zu machen. Schwierig kann die Abwägung werden, wenn ein Pressesprecher durch eine exklusive Anfrage auf einen Fall aufmerksam wird, der von allgemeinem Interesse ist. In diesem Fall wird man ihm kaum verwehren können, von sich aus über diesen Fall zu berichten. Wichtig ist jedenfalls, dass die Pressedezernenten zu „ihren“ Medienvertretern so weit wie möglich ein Vertrauensverhältnis aufbauen. An den Landgerichten haben die regionalen Tageszeitungen und die lokalen Sender zumeist (freie oder feste) Mitarbeiter platziert, die täglich von den wichtigsten Verfahren berichten. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesen erleichtert die tägliche Arbeit für beide Seiten ungemein. Sie verhindert zwar keine ggf. kritische Berichterstattung – und soll dies auch nicht – sie kann aber dazu beitragen, dass auch bei umstrittenen Entscheidungen der Standpunkt des Gerichts erklärt und dargestellt werden kann.

Im Medienzeitalter spielt schließlich das Timing für die Pressestellen eine immer größere Rolle. Insbesondere bei den Zivilverfahren trifft das auf eine besondere Schwierigkeit, weil deren Entscheidungen zwar in einem gesonderten Termin öffentlich verkündet werden, in der Praxis die

Parteien aber zu dem Verkündungstermin regelmäßig nicht erscheinen. Einerseits müssen die Pressesprecher also sicherstellen, dass die Parteien nicht erst nach der Öffentlichkeit über den Ausgang des Verfahrens informiert werden. Andererseits gilt es, die Journalisten so zeitnah mit einer Pressemitteilung zu versorgen, dass eine zutreffende Berichterstattung gewährleistet ist. Das kann schwierig werden, wenn – wie schon vor dem Oberlandesgericht Köln geschehen – eine Partei ihre Sicht der Dinge bereits auf Twitter verbreitet, während die vorbereitete Pressemitteilung des Gerichts mit Blick auf das Gleichbehandlungsgebot noch nicht veröffentlicht worden ist.

Bild und Ton

Für Bild- und Tonmedien²⁹ bietet das Gerichtsverfassungsgesetz eine besondere Schwierigkeit. Denn gem. § 169 S. 2 GVG sind Audio- und Videoaufnahmen im deutschen Gerichtsverfahren grundsätzlich unzulässig. Um den Fernseh- und Radiosendern überhaupt eine sinnvolle Berichterstattung zu ermöglichen, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Aufnahmen von den Verfahrensbeteiligten im Sitzungssaal vor dem Aufruf der Sache zu ermöglichen sind³⁰. Richter und Schöffen können sich dabei nicht unter Berufung auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht gegen die Aufnahmen wehren, da sie Kraft des ihnen übertragenen Amtes anlässlich einer öffentlichen Verhandlung ohnedies im Blickfeld der Medienöffentlichkeit stehen. Das Informationsinteresse der Öffentlichkeit ist regelmäßig nicht allein auf die Angeklagten und die ihnen zur Last gelegten Taten gerichtet, sondern auch auf die Personen, die als Mitglieder des Spruchkörpers an der Rechtsfindung im Namen des Volkes mitwirken. Etwas anderes gilt nur, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Sicherheit der Mitglieder des Spruchkörpers vorliegen³¹, was aber nur selten der Fall ist. Das Recht, Aufnahmen von der Richterbank zu machen, kann auch nicht auf einzelne Sitzungstage beschränkt werden³². Aus der Verhandlung selbst dürfen dagegen keine Aufnahmen gemacht werden.

Eine Aufgabe der Gerichtspresesprecher ist es daher, den Medien auch dort Bild und Ton zu liefern, wo sie von Gesetzes wegen keine Aufnahmen machen dürfen. Diese „O-Töne“ werden im Strafverfahren häufig am ersten Verhandlungstag und am Tag der Urteilsverkündung abgefragt. In Zivilverfahren ist Ton- und Bildberichterstattung seltener und beschränkt sich zumeist auf Verfahren von überregionalem Interesse. Manchmal kann auch hier

23 Vgl. den Sachverhalt in Sächsisches Obergerichtsverwaltungsgericht, Urt. v. 05/2017, 3 A 848/16; *OLG Hamm*, Urt. v. 14.11.2014, I-11 U 129/13, Rn. 16, juris, NJW-RR 2015, 936.

24 Vgl. den Sachverhalt in *Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg*, Beschl. v. 04.08.2017, 1 S 1307/17, Rn. 33, juris.

25 *OLG Düsseldorf*, Urt. v. 27.04.2005, I-15 U 98/03, Rn. 193 - juris, NJW 2005, 1791.

26 *OLG Düsseldorf*, Urt. v. 27.04.2005, I-15 U 98/03, Rn. 213, juris.

27 *OLG Hamm*, Urt. v. 14.11.2014, I-11 U 129/13, Rn. 49, juris.

28 *Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg*, Beschl. v. 04.08.2017, 1 S 1307/17, Rn. 33, juris.

29 Die Regelung betrifft bei Lichte betrachtet mittlerweile alle Medien, weil auch die klassischen Tageszeitungen mit Bildmaterial operieren und häufig auch in ihren online-Auftritten Videos einbinden.

30 Vgl. u.a. *BVerfG*, Einstweilige Anordnung vom 11.12.2007, 1 BvR 3129/07, Rn. 11, juris.

31 *BVerfG*, Einstweilige Anordnung vom 11.12.2007 – 1 BvR 3129/07, Rn. 15, juris.

32 *BVerfG*, Einstweilige Anordnung vom 09.09.2016 – 1 BvR 2022/16, Rn. 7, juris.

ein Interessenwiderstreit auftreten, denn während die Medienvertreter sich häufig eine Bewertung der Entscheidung durch die Pressesprecher wünschen würden, sind diese schon zur Wahrung der Unabhängigkeit der erkennenden Kollegen darauf beschränkt, die Entscheidung lediglich zu erklären, nicht aber zu bewerten. Knifflig kann das insbesondere dort werden, wo die öffentliche Meinung stark involviert ist. Beispielhaft seien aus der jüngeren Vergangenheit im Oberlandesgerichtsbezirk Köln etwa der Freispruch eines Angeklagten nach einer „Prügelattacke“ mit Todesfolge³³ oder eine Bewährungsstrafe für die Beteiligung an einem Autorennen mit Todesfolge³⁴ genannt. Eine ganz besondere Herausforderung für die Pressestelle des Amtsgerichts Köln waren die Geschehnisse in der Kölner Silvesternacht 2015/2016, deren strafrechtliche Aufarbeitung nicht nur die überregionale deutsche Presse, sondern auch zahlreiche Sender aus dem Ausland interessierte³⁵. Dabei galt es insbesondere der öffentlichen Erwartung einer harten Haltung der Justiz das Erfordernis gegenüber zu stellen, einzelnen Personen eine individuelle Beteiligung an einer Straftat nachzuweisen.

Abzuwarten bleibt, ob sich die Arbeit der Pressesprecher durch eine Lockerung des Verbots der Fernsehaufnahmen ändern wird. Nach dem Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren³⁶ wird es möglich sein, Urteilsverkündungen oberster Bundesgerichte zu filmen. Teilweise wurde bereits auch in den Bundesländern der politische Wille bekundet, die Regelung auf die Oberen Gerichte der Bundesländer zu übertragen. Schrittweise bekämen die Ton- und Bildmedien dann direktes Material aus der Urteilsverkündung und müssten sich nicht mehr mit den indirekten Erklärungen durch die Pressesprecher behelfen. Überflüssig werden diese dadurch aber keinesfalls. Vielmehr dürfte sich in diesem Fall die Arbeit mehr hin zu einer beratenden Tätigkeit entwickeln.

IV. Ausblick: Die Zukunft ist schon da – „neue Medien“

So neu sind Twitter, Facebook, Youtube & Co. nun auch nicht mehr. Die Justiz tut sich aber noch schwer mit der Frage, wie sie auf den Medienwandel reagieren soll. Inso-

weit stellt sich die Situation anders dar als für die Polizeibehörden, die bereits seit längerem erfolgreich soziale Medien nutzen³⁷. Die Justiz ist da deutlich zurückhaltender. Soweit ersichtlich, beschränken sich die Gerichte zurzeit darauf, bestenfalls Kanäle wie Twitter³⁸ für die Weitergabe der eigenen Pressemitteilungen zu nutzen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist die personelle Ausstattung im ungleich kleineren Justizressort viel geringer als dies bei den Sicherheitsbehörden der Fall ist. Während in einem Gericht üblicherweise eine Richterin oder ein Richter mit einem Teil der Arbeitskraft als Pressesprecher tätig ist, sind in den großen Polizeipräsidien eine Vielzahl von Personen mit diesen Aufgaben betraut³⁹. Da soziale Medien von der schnellen Interaktion mit den Nutzern leben, ist dies auch erforderlich. Denn man wird kaum auf Verständnis im Netz hoffen können, wenn der zuständige Pressesprecher wegen anderer wichtiger Dinge für längere Zeit nicht erreichbar ist und den Fluss an Meinungen, Tatsachen und Informationen im Netzwerk nicht moderiert.

Auch inhaltlich unterscheiden sich die Aufgaben von Polizei und Justiz deutlich. Denn selten ist in der Justiz wirklich eine zeitkritische Informationslage gegeben, die sich stündlich ändert, wie dies etwa bei Amokläufen, Fahndungsauffufen, etc. im Bereich der Sicherheitsbehörden der Fall ist. Außerdem lauert in den sozialen Medien der schon aufgezeigte Fallstrick der Bewertung: Soziale Medien leben von Diskussion, Interaktion und pointierter Bewertung. Demgegenüber sind die Pressesprecher der Gerichte darauf beschränkt, die in einem Urteil niedergelegte Sichtweise des Spruchkörpers wiederzugeben und zu erläutern. Auf Bewertungen und Kommentare zu reagieren, wird dabei nur in bestimmten Grenzen möglich sein. Schließlich stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, ob der durch soziale Medien gewährleistete direkte Kontakt zu den Nutzern bei einer so komplizierten Fachmaterie wie der Rechtsprechung wirklich der Königsweg ist oder ob die Justiz nicht der Filterung und Einordnung der Materie durch sachkundige Journalisten notwendig bedarf. Deren Publikationen bedienen schließlich ihrerseits wieder die Kanäle der neuen Medien.

Trotz all der aufgezeigten Probleme wird die Justiz aber schon angesichts der weiter wachsenden Bedeutung der neuen Medien ihren Weg des Umgangs damit finden müssen.

33 Vgl. den Fall „Niklas P.“ in Bonn, WDR – online, Im Zweifel für den Angeklagten – Freispruch im Fall Niklas, mit Kritik an den Ermittlungsbehörden. <http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/urteil-fall-niklas-102.html>.

34 Vgl. den Fall „Auenweg“ in Köln, z.B. Kölner Stadtanzeiger Online vom 14.04.2016, abrufbar unter <http://www.ksta.de/koeln/urteil-bewahrungsstrafen-fuer-die-raser-vom-koelner-auenweg-23885872>.

35 Vgl. die etwa die Terminhinweise der Pressestelle des Amtsgerichts Köln, abrufbar unter http://www.ag-koeln.nrw.de/kontakt/presse/ZT_Pressemitteilungen/Pressemitteilungen/index.php.

36 Zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichts noch nicht verkündet, vgl. zum Inhalt aber BT/Drs. 18/10144 und 18/12591 und zur Beschlussfassung das Plenarprotokoll der 240. Sitzung des Deutschen Bundestags vom 22.06.2017.

37 Vgl. den Sonderpreis, den die Pressestelle der Münchner Polizei für die erfolgreiche Arbeit in sozialen Medien im Zusammenhang mit einem Amoklauf erhalten hat, Pressemitteilung des Bundesverbands Deutscher Pressesprecher vom 02.09.2016, abrufbar unter <https://www.bdp-net.de/service/presse/nominierte-fuer-pressestelle-des-jahres-2016-stehen-fest>.

38 Vgl. den Twitter-Auftritt des Bundesverfassungsgerichts @BVerfG und des FG Münster @FinanzgerichtMS.

39 So nennt der Internetauftritt des Polizeipräsidiums München 18 Personen als Ansprechpartner in der Pressestelle – die dann allerdings auch in Schichten rund um die Uhr besetzt ist, vgl. <http://www.polizei.bayern.de/muenchen/news/presse/erreichbarkeiten/index.html/186962>.